

Öffentliches Recht im Nebenfach

Detterbeck

7. Auflage 2025
ISBN 978-3-8006-7426-8
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Vahlens Lernbücher


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliches Recht im Nebenfach

Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht,
Europarecht mit Übungsfällen

von

Prof. Steffen Detterbeck

7., aktualisierte Auflage


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verlag Franz Vahlen München

Prof. Dr. Steffen Detterbeck lehrt Staats- und Verfassungsrecht an der Philipps-Universität Marburg und ist Richter am Hessischen Staatsgerichtshof.

beck-shop.de
vahlen.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 8006 7426 8

ISBN E-Book (ePDF) 978 3 8006 7427 5

© 2025 Verlag Franz Vahlen GmbH

Wilhelmstraße 9, 80801 München

info@vahlen.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: DTP-Vorlagen des Autors

Umschlag: Ralph Zimmermann – Bureau Parapluie



vahlen.de/nachhaltig

produktsicherheit.vahlen.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Dieses Buch wendet sich an alle Studenten, die das öffentliche Recht als Nebenfach belegt haben und entsprechende Prüfungen absolvieren müssen. Sämtliche prüfungsrelevante Teilgebiete des öffentlichen Rechts – Staatsrecht, Verfassungsprozessrecht, allgemeines Verwaltungsrecht, Verwaltungsprozessrecht und Europarecht – werden in diesem Buch behandelt. Allerdings darf von einem Buch dieses Zuschnitts nicht Vollständigkeit erwartet werden. Der Schwerpunkt liegt auf denjenigen Fragestellungen und Fallkonstellationen, die erfahrungsgemäß besonders prüfungsrelevant sind. Andere Gegenstände werden nur überblicksmäßig behandelt oder vollständig ausgeblendet. Über die Schwerpunktsetzung lässt sich naturgemäß streiten. Sie beruht primär auf meinen Erfahrungen, ist aber auch Ausdruck meiner persönlichen Vorstellungen und Vorlieben. Auch deshalb kann dieses Buch keine Vorlesungen oder Übungen ersetzen. Vielmehr empfiehlt es sich als begleitende Lektüre. Denn in den einschlägigen Lehrveranstaltungen wird zumeist gezielt auf die Prüfungen vorbereitet. Deshalb sollte jeder Student, der dieses Buch nach Maßgabe der stofflichen Vorgaben des Dozenten durcharbeitet, in der Lage sein, die anstehenden Prüfungen erfolgreich zu absolvieren.

Die Übungsfälle und Lösungen dienen zum einen der Wiederholung und Vertiefung des Lehrstoffes. Zum anderen dokumentieren sie exemplarisch, welche Fallkonstellationen und Probleme in Klausuren auftreten können und wie sie aufbauartig und argumentativ bewältigt werden können.

Es wird eine gemäßigte neue Rechtschreibung verwendet. Orthographische Grausamkeiten wie z.B. drei aufeinanderfolgende gleichlautende Konsonanten zwischen Vokalen werden vermieden.

Die studentischen Mitarbeiter Herr Michel-Philippe Duda, Herr Lukas Floren und Herr Johannes Henkel haben sorgfältig Korrektur gelesen.

Hinweise, Anregungen und vor allem Verbesserungsvorschläge aus dem Leserkreis sind mir sehr willkommen. Sie erreichen mich unter folgender Adresse: Prof. Dr. Steffen Detterbeck, Institut für Öffentliches Recht, Philipps-Universität Marburg, Universitätsstraße 6, 35032 Marburg oder detterbeck@jura.uni-marburg.de.

Marburg, im Januar 2025

Steffen Detterbeck

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Verzeichnis der Übersichten und Prüfschemata	XXIII
Hinweise auf Gesetzessammlungen und Literatur	XXV
Abkürzungsverzeichnis	XXVII

Teil 1: Verfassungsrecht

Einführung	1
Erstes Kapitel: Staatsorganisationsrecht	2
§ 1 Das Bundesstaatsprinzip	2
§ 2 Das Rechtsstaatsprinzip	3
I. Allgemeine Bedeutung	3
II. Einzelausprägungen des Rechtsstaatsprinzips	3
1. Normenhierarchie	3
a) Verfassungen	4
b) Formelle Gesetze	4
c) Rechtsverordnungen	4
d) Satzungen	5
e) Ungeschriebenes Recht	5
f) Rangordnung der Rechtsquellen	5
- Übersicht 1: Normenpyramide	6
2. Gewaltenteilung	6
3. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	7
a) Vorrang des Gesetzes	7
b) Vorbehalt des Gesetzes	8
aa) Begriff	8
bb) Abgrenzungen	8
aaa) Wesentlichkeitstheorie	8
bbb) Parlamentsvorbehalt	8
ccc) Bestimmtheitsgrundsatz	9
cc) Reichweite des Vorbehalts des Gesetzes und Regelungsdichte	9
4. Verhältnismäßigkeitsprinzip	9
5. Vertrauensschutz – Rückwirkungsverbote	10
6. Weitere rechtsstaatliche Erfordernisse	11
7. Die Sicherung und Durchsetzung des Rechtsstaatsprinzips	11
- Übersicht 2: Rechtsstaatsprinzip	12

§ 3 Das Demokratieprinzip	12
I. Grundsätze	12
II. Die politischen Parteien	13
1. Allgemeine Bedeutung	13
2. Begriff und rechtlicher Status der Parteien	13
3. Das Parteienprivileg	15
a) Parteiverbot	15
b) Ausschluss von der staatlichen Finanzierung	16
III. Wahlen	17
1. Wahlrechtsgrundsätze	17
2. Die einfachgesetzliche Regelung der Bundestagswahlen	18
§ 4 Das republikanische und sozialstaatliche Prinzip und das Staatsziel Umwelt- und Tierschutz	20
I. Das republikanische Prinzip	20
II. Das Sozialstaatsprinzip	20
III. Das Staatsziel Umwelt- und Tierschutz	20
§ 5 Der Bundestag	21
I. Rechtsstellung und Funktionen	21
II. Wahlperiode (Amtsdauer)	22
III. Organisation	23
1. Geschäftsordnung	23
2. Organe, Hilfsorgane und Untergliederungen des Bundestages	24
a) Bundestagspräsident	24
b) Fraktionen und Gruppen im Bundestag	24
c) Ausschüsse	25
3. Die Abgeordneten	25
a) Statusrechte	25
b) Indemnität und Immunität	27
aa) Indemnität	27
bb) Immunität	28
§ 6 Der Bundesrat	28
§ 7 Die Bundesregierung	29
I. Zusammensetzung und Bildung	29
1. Der Bundeskanzler	29
2. Die Bundesminister	30
II. Aufgabenverteilung	31
1. Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers (Kanzlerprinzip), Art. 65 S. 1 GG	31
2. Ressortprinzip, Art. 65 S. 2 GG	31
3. Kollegialprinzip, Art. 65 S. 3, 4 GG	31

§ 8 Der Bundespräsident	31
§ 9 Gesetzgebung	32
I. Gesetzgebungskompetenzen	32
1. Die Grundregel der Art. 30, 70 GG	32
2. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes	34
3. Konkurrierende Gesetzgebung	34
4. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes	38
a) Bundeskompetenz kraft Natur der Sache	38
b) Bundeskompetenz kraft Sachzusammenhangs	38
5. Kompetenzrechtliche Standardprobleme	39
- Übersicht 3: Gesetzgebungskompetenzen	41
II. Gesetzgebungsverfahren	43
1. Einleitungsverfahren	43
2. Hauptverfahren	43
a) Der Gesetzesbeschluss im Bundestag	43
b) Die Unterscheidung zwischen Einspruchs- und Zustimmungsgesetzen	43
c) Das Zustandekommen von Gesetzen	45
aa) Einspruchsgesetze	45
bb) Zustimmungsgesetze	46
3. Abschlussverfahren	46
- Übersicht 4: Gesetzgebungsverfahren, Art. 76 ff. GG (Prüfschema)	46
4. Sonderproblem: Die Prüfungskompetenz des Bundespräsidenten	47
a) Formelles Prüfungsrecht	47
b) Formelle Prüfungspflicht	48
c) Materielles Prüfungsrecht	48
d) Materielle Prüfungspflicht	48
§ 10 Verwaltung	49
I. Begriff, Bedeutung und Abgrenzung	49
- Übersicht 5: Staatsgewalten	50
II. Die grundgesetzliche Verteilung der Verwaltungskompetenzen im Bund-Länder-Verhältnis	50
1. Grundsatz	50
2. Die Systematik der Art. 83 ff. GG	50
a) Die gesetzesakzessorische Verwaltung (Vollzug von Gesetzen)	50
aa) Landesgesetze	50
bb) Bundesgesetze	51
aaa) Landeseigener Vollzug	51
bbb) Auftragsverwaltung der Länder	51
ccc) Bundeseigener Vollzug	52

b) Die nicht Gesetzesakzessorische (Gesetzesfreie) Verwaltung	52
§ 11 Rechtsprechung	53
- Übersicht 6: Gerichtsbarkeiten	54
Zweites Kapitel: Grundrechte	55
§ 12 Begriff und Bedeutung der Grundrechte	55
I. Grundaussage	55
II. Der Standort der Grundrechte	55
III. Grundrechtsfunktionen	56
1. Multifunktionalität	56
2. Status-Lehre von Georg Jellinek	56
a) Status negativus	56
b) Status positivus	56
c) Status activus	57
3. Grundrechte als objektives Recht	57
4. Grundrechtliche Schutzpflichten des Staates	58
IV. Grundrechtsberechtigte	59
V. Grundrechtsverpflichtete	61
§ 13 Aufbau einer Grundrechtsprüfung	62
I. Eröffnung des Schutzbereichs	63
1. Sachlicher Schutzbereich	63
a) Lebensbereich	63
b) Grundrechtskonkurrenzen	64
2. Personeller Schutzbereich	64
II. Eingriff in den Schutzbereich	66
- Übersicht 7: Grundrechtseingriff	68
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs	68
1. Existenz einer Grundrechtsschranke	68
2. Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes	69
3. Materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes	70
a) Spezielle Anforderungen	70
b) Allgemeine Anforderungen – insbesondere Verhältnismäßigkeitsprinzip –	70
- Übersicht 8: Verhältnismäßigkeitsprinzip (Prüfschema)	74
c) Beachtung sonstigen Verfassungsrechts	74
- Übersicht 9: Grundrechtsmäßigkeit formeller Gesetze (Prüfschema)	75
§ 14 Die einzelnen Grundrechte	76
I. Menschenwürde, Art. 1 I GG	76
1. Schutzbereich	76
2. Eingriffe	76

3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	77
II. Allgemeine Handlungsfreiheit, Art. 2 I GG	77
1. Schutzbereich	77
2. Eingriffe	78
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	78
4. Verhältnis zu anderen Grundrechten (Konkurrenzen)	78
III. Allgemeines Persönlichkeitsrecht, Art. 2 I i.V.m. Art. 1 I GG	79
1. Schutzbereich	79
2. Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung	80
IV. Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit,	
Art. 2 II 1 GG	80
1. Schutzbereich	80
a) Recht auf Leben	80
b) Recht auf körperliche Unversehrtheit	80
2. Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung	80
V. Freiheit der Person, Art. 2 II 2, 104 GG	81
1. Schutzbereich	81
2. Eingriffe	81
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	81
VI. Gleichheitsrechte, Art. 3, 6 V, 33 I-III, 38 I 1 GG	81
1. Der allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 I GG	81
a) Allgemeine Bedeutung	81
b) Prüfungsaufbau	82
- Übersicht 10: Art. 3 I GG (Prüfschema)	84
c) Bedeutung für Exekutive und Judikative	86
d) Besonderheiten	86
2. Spezielle Gleichheitssätze, Art. 3 II, III, 6 V, 33 I-III,	
38 I 1 GG	86
a) Verhältnis zu Art. 3 I GG	86
b) Art. 3 II, III GG	87
c) Art. 33 I-III GG	88
aa) Gleiche staatsbürgerliche Rechte und Pflichten,	
Art. 33 I GG	88
bb) Gleicher Zugang zum öffentlichen Dienst, Art. 33 II GG	88
VII. Glaubens-, Gewissensfreiheit und Recht auf	
Kriegsdienstverweigerung, Art. 4 GG	88
1. Systematik	88
2. Glaubensfreiheit, Art. 4 I, II GG	89
a) Schutzbereich	89
b) Eingriffe	89
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	90
3. Gewissensfreiheit, Art. 4 I GG	90
4. Kriegsdienstverweigerungsrecht, Art. 4 III 1 GG	90
VIII. Die Grundrechte des Art. 5 GG	90
1. Meinungsfreiheit, Art. 5 I 1, 1. Alt. GG	90
a) Schutzbereich	90

b) Eingriffe	92
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	93
aa) Grundrechtsschranken	93
aaa) Allgemeine Gesetze (erste Schranke des Art. 5 II GG)	93
bbb) Gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Jugend (zweite Schranke des Art. 5 II GG)	94
ccc) Recht der persönlichen Ehre (dritte Schranke des Art. 5 II GG)	94
ddd) Weitere Schranken	95
bb) Zensurverbot, Art. 5 I 3 GG	95
2. Informationsfreiheit, Art. 5 I 1, 2. Alt. GG	95
3. Pressefreiheit, Art. 5 I 2, 1. Var. GG	96
4. Rundfunkfreiheit, Art. 5 I 2, 2. Var. GG	96
5. Kunstfreiheit, Art. 5 III 1, 1. Alt. GG	96
6. Wissenschaftsfreiheit, Art. 5 III 1, 2. Alt. GG	97
IX. Schutz von Ehe und Familie, Art. 6 GG	97
1. Ehe und Familie, Art. 6 I GG	94
a) Ehe	97
b) Familie	98
2. Elternrecht, Art. 6 II, III GG	98
X. Schulwesen, Art. 7 GG	99
XI. Versammlungsfreiheit, Art. 8 GG	99
XII. Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit, Art. 9 GG	100
1. Vereinigungsfreiheit, Art. 9 I GG	100
2. Koalitionsfreiheit, Art. 9 III GG	101
XIII. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Art. 10 GG	102
1. Briefgeheimnis	102
2. Postgeheimnis	102
3. Fernmeldegeheimnis	102
XIV. Freizügigkeit, Art. 11 GG	102
XV. Berufsfreiheit, Art. 12 I GG	103
1. Schutzbereich	103
a) Übersicht	103
b) Begriff des Berufs	104
2. Eingriffe	105
3. Qualifizierung des Eingriffs	106
4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	109
a) Gesetzliche Ermächtigungsgrundlage	109
b) Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes	109
c) Materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes	109
- Übersicht 11: Art. 12 I GG (Prüfschema)	112
XVI. Unverletzlichkeit der Wohnung, Art. 13 GG	114
XVII. Eigentum, Art. 14 GG	115
1. Schutzbereich	115
a) Vermögenswerte Rechte jedenfalls des Privatrechts	115
b) Nutzung, Verfügung und Veräußerung	116

c) Nicht das Vermögen als solches	116
d) Keine bloßen Gewinn- und Erwerbchancen	116
e) Der eingerichtete und ausgeübte Gewerbebetrieb	117
f) Öffentlich-rechtliche vermögenswerte Rechte	119
2. Eingriffe	119
3. Qualifizierung des Eingriffs	120
a) Das Erfordernis der Abgrenzung von Inhalts- und Schrankenbestimmungen gegenüber Enteignungen	120
b) Formal-typologisierende Abgrenzung	120
c) Inhalts- und Schrankenbestimmung, Art. 14 I 2 GG	120
d) Enteignung, Art. 14 III GG	120
e) Konsequenzen und Fallanwendung	121
4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	124
a) Inhalts- und Schrankenbestimmung	124
aa) Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes	124
bb) Materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes	124
b) Enteignung	125
aa) Gemeinwohlbindung, Art. 14 III 1 GG	125
bb) Entschädigungsregelung, Art. 14 III 2, 3 GG	126
cc) Verhältnismäßigkeit	126
- Übersicht 12: Art. 14 GG (Prüfschema)	126
5. Sozialisierung, Art. 15 GG	128
XVIII. Petitionsrecht, Art. 17 GG	128
XIX. Rechtsweggarantie, Art. 19 IV GG	129
XX. Widerstandsrecht, Art. 20 IV GG	129
§ 15 Grundgesetzänderungen	130
Drittes Kapitel: Verfassungsgerichtsbarkeit	133
§ 16 Allgemeine Bedeutung	133
§ 17 Die Verfahrensarten im einzelnen	134
I. Organstreitverfahren, Art. 94 I Nr. 1 GG, § 13 Nr. 5, §§ 63 ff. BVerfGG	134
1. Parteifähigkeit (Antragsteller und Antragsgegner)	135
2. Angriffsgegenstand	136
3. Antragsbefugnis	136
4. Form und Frist	136
II. Abstrakte Normenkontrolle, Art. 94 I Nr. 2 GG, § 13 Nr. 6, §§ 76 ff. BVerfGG	137
1. Antragsteller	137
2. Antragsgegenstand (Kontrollgegenstand)	137
3. Klarstellungsinteresse	138
4. Form und Frist	138

III. Abstrakte Normenkontrolle, Art. 94 I Nr. 2a GG, § 13 Nr. 6a, §§ 76 II ff. BVerfGG	138
IV. Bund-Länder-Streit, Art. 94 I Nr. 3 GG, § 13 Nr. 7, §§ 68 ff. BVerfGG	139
1. Parteifähigkeit (Antragsteller und Antragsgegner)	139
2. Antragsgegenstand (Angriffsgegenstand)	139
3. Antragsbefugnis	139
4. Form und Frist	140
V. Verfassungsbeschwerde, Art. 94 I Nr. 4a GG, § 13 Nr. 8a, §§ 90 ff. BVerfGG	140
1. Beschwerdefähigkeit (Parteifähigkeit)	140
2. Prozessfähigkeit	141
3. Beschwerdegegenstand	141
4. Beschwerdebefugnis	142
a) Möglichkeit der Grundrechtsverletzung	142
b) Betroffenheit	143
aa) Selbst	143
bb) Gegenwärtig	143
cc) Unmittelbar	144
5. Rechtswegerschöpfung	146
a) Grundsatz	146
b) Ausnahmen	147
6. Grundsatz der allgemeinen Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde	148
a) Allgemeine Bedeutung	148
b) Fallanwendung	148
c) Entsprechende Geltung von § 90 II 2 BVerfGG	150
7. Form	151
8. Frist	151
VI. Kommunale Verfassungsbeschwerde, Art. 94 I Nr. 4b GG, § 13 Nr. 8a, §§ 91 ff. BVerfGG	152
1. Beschwerdefähigkeit	152
2. Beschwerdegegenstand	153
3. Beschwerdebefugnis	153
a) Möglichkeit der Verletzung von Art. 28 II GG	153
b) Betroffenheit	153
4. Rechtswegerschöpfung	153
5. Subsidiarität	153
VII. Konkrete Normenkontrolle, Art. 100 I GG, § 13 Nr. 11, §§ 80 ff. BVerfGG	154
1. Anhängiges Gerichtsverfahren	155
2. Vorliegen eines formellen und nachkonstitutionellen Gesetzes	155
3. Überzeugung des Gerichts von der Grundgesetzwidrigkeit des Ge- setzes (bzw. von der Bundesrechtswidrigkeit eines Landesgesetzes)	155
4. Entscheidungserheblichkeit	155

VIII. Einstweilige Anordnung, § 32 BVerfGG	156
- Übersicht 13: Bundesverfassungsgerichtliche Verfahrensarten (Prüfschema)	157

Teil 2: Verwaltungsrecht

Einführung	163
Erstes Kapitel: Allgemeines Verwaltungsrecht	164
§ 18 Begriff der Verwaltung, Rechtsquellen des Verwaltungsrechts und Verwaltungsorganisation	164
I. Begriff der Verwaltung	164
II. Rechtsquellen des Verwaltungsrechts	164
III. Verwaltungsorganisation	165
1. Unmittelbare und mittelbare Staatsverwaltung	165
2. Träger der Verwaltung – Juristische Personen des öffentlichen Rechts	165
§ 19 Das subjektive öffentliche Recht	166
§ 20 Das Verwaltungshandeln – Handlungsformen	167
I. Der Verwaltungsakt	167
1. Begriffsbestimmung	167
a) Behörde	168
b) Hoheitliche Maßnahme	168
c) Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts	168
d) Regelung	168
e) Einzelfall	169
f) Unmittelbare Rechtswirkung nach außen (Außenwirkung)	169
2. Bestandskraft von Verwaltungsakten	170
3. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	170
4. Folgen des rechtswidrigen Verwaltungsakts	171
a) Nichtigkeit	171
b) Anfechtbarkeit	171
5. Aufhebung von Verwaltungsakten, §§ 48-50 VwVfG	172
a) Allgemeines	172
- Übersicht 14: Aufhebung von Verwaltungsakten	173
b) Rücknahme rechtswidriger belastender Verwaltungsakte	173
c) Rücknahme rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakte	174
aa) Rücknahmeverbot nach § 48 II VwVfG	174
- Übersicht 15: Rücknahmeverbot gem. § 48 II VwVfG (Prüfschema)	174

bb) Rücknahme rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakte nach § 48 I 1, III VwVfG	176
aaa) Rücknahme nach § 48 I 1 VwVfG	176
bbb) Ausgleichsanspruch nach § 48 III VwVfG	176
cc) Rücknahmefrist des § 48 IV VwVfG	177
d) Widerruf rechtmäßiger belastender Verwaltungsakte	177
e) Widerruf rechtmäßiger begünstigender Verwaltungsakte	177
f) Erstattungspflicht nach § 49a VwVfG	179
g) Rechtsschutz	179
6. Wiederaufgreifen des Verfahrens, § 51 VwVfG	180
a) Bedeutung von § 51 VwVfG	180
b) Rechtsschutzfragen	181
- Übersicht 16: Wiederaufgreifen des Verfahrens nach § 51 VwVfG (Prüfschema)	181
II. Öffentlich-rechtlicher Vertrag	183
1. Begriffsmerkmale	183
a) Vertrag	183
b) Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts	183
c) Begründung, Änderung oder Aufhebung eines Rechtsverhältnisses	183
2. Vertragsarten	183
a) Subordinationsrechtliche und koordinationsrechtliche Verträge ...	183
b) Vergleichsverträge, § 55 VwVfG	184
c) Austauschverträge, § 56 VwVfG	184
3. Nichtigkeit öffentlich-rechtlicher Verträge	185
a) Unterscheidung zwischen Rechtswidrigkeit und Nichtigkeit	185
b) Nichtigkeitsgründe des § 59 II VwVfG	185
c) Nichtigkeitsgründe des § 59 I VwVfG	186
d) Folgen der Nichtigkeit	187
III. Realakte	187
1. Begriff und Abgrenzungen	187
2. Rechtmäßigkeit	187
IV. Verwaltungsvorschriften	188
§ 21 Ermessen, Beurteilungsspielraum und unbestimmter Rechtsbegriff ..	189
I. Gebundene und nichtgebundene Verwaltung	189
II. Ermessen	190
1. Gesetzliche Einordnung	190
- Übersicht 17: Gebundene Verwaltung – Ermessensverwaltung	190
2. Einräumung von Ermessen	190
3. Grenzen des Ermessen	191
a) Gesetzliche Vorgaben	191
b) Fallgruppen	191
aa) Ermessensnichtgebrauch (Ermessensunterschreitung)	191
bb) Ermessensüberschreitung	191
cc) Ermessensfehlgebrauch	191

dd) Verstoß gegen Grundrechte und allgemeine Rechtsgrundsätze	192
ee) Missachtung einer Ermessensreduzierung auf Null	192
4. Gerichtlicher Rechtsschutz	192
a) Anfechtungsklage	192
b) Verpflichtungsklage	192
III. Unbestimmter Rechtsbegriff	193
1. Bedeutung	193
2. Gesetzliche Einordnung	194
3. Unbestimmte Rechtsbegriffe ohne Beurteilungsspielraum	194
4. Unbestimmte Rechtsbegriffe mit Beurteilungsspielraum (Fallgruppen)	195
a) Prüfungs- und prüfungsähnliche Entscheidungen	195
b) Beamtenrechtliche Beurteilungen	195
c) Werturteile fachkundig zusammengesetzter Gremien	195
d) Prognose- und Risikoentscheidungen, insbesondere im Umwelt- und Wirtschaftsrecht	195
5. Grenzen des Beurteilungsspielraums und gerichtliche Kontrolle – Vergleich mit der Ermessensproblematik	195
§ 22 Privatrechtliches Handeln der Verwaltung	196
Zweites Kapitel: Verwaltungsprozessrecht	199
Einführung	199
§ 23 Die verwaltungsgerichtlichen Klagearten	200
I. Allgemeine (gemeinsame) Zulässigkeitsvoraussetzungen	200
1. Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges	200
a) Aufdrängende Sonderzuweisungen	200
b) Die allgemeine Rechtswegbestimmung des § 40 I VwGO	201
aa) Öffentlich-rechtliche Streitigkeit	201
bb) Nichtverfassungsrechtliche Streitigkeit	204
cc) Keine anderweitige gesetzliche Zuweisung	205
2. Richtiger Beklagter, § 78 VwGO	205
3. Beteiligungsfähigkeit, § 61 VwGO	206
4. Prozessfähigkeit, § 62 VwGO	207
II. Die Anfechtungsklage	207
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	207
a) Statthaftigkeit	207
b) Klagebefugnis	207
c) Vorverfahren	208
d) Klagefrist, § 74 VwGO	208
2. Begründetheit	208
III. Verpflichtungsklage	209
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	209

a) Statthaftigkeit	209
b) Klagebefugnis	209
c) Vorverfahren	209
d) Klagefrist	209
2. Begründetheit	210
IV. Allgemeine Leistungsklage	210
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	210
a) Statthaftigkeit	210
b) Klagebefugnis	211
c) Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	211
2. Begründetheit	211
V. Feststellungsklage	211
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	211
a) Statthaftigkeit	211
b) Subsidiarität	212
c) Feststellungsinteresse	213
d) Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	213
2. Begründetheit	214
VI. Normenkontrolle	214
1. Allgemeines	214
2. Statthaftigkeit	214
3. Begründetheit	215
- Übersicht 18: Aufbau einer verwaltungsgerichtlichen Klage (Prüf-	
schema)	215
§ 24 Sonderformen des Rechtsschutzes	218
I. Fortsetzungsfeststellungsklage nach § 113 I 4 VwGO	218
II. Vorläufiger Rechtsschutz nach §§ 47 VI, 80 f., 123 VwGO	218
Drittes Kapitel: Staatshaftungsrecht	221
Einführung	221
§ 25 Die wichtigsten Haftungsinstitute	221
I. Amtshaftungsanspruch, § 839 BGB, Art. 34 GG	221
1. Handeln (Unterlassen) in Ausübung eines öffentlichen Amtes	221
2. Verletzung einer drittgerichteten Amtspflicht	222
a) Amtspflicht	222
b) Drittrichtung der Amtspflicht	222
c) Verstoß gegen die Amtspflicht	223
3. Verschulden	223
4. Schaden	223
5. Kausalität	224
6. Kein Haftungsausschluss	224
a) Subsidiaritätsklausel (Verweisungsprivileg) des § 839 I 2 BGB ..	224
b) Richterspruprivileg des § 839 II BGB	224

c) Nichtergreifen von Rechtsbehelfen, § 839 III BGB	224
7. Art und Umfang des Schadensersatzes	225
8. Der haftende Hoheitsträger	225
9. Rechtsweg	225
- Übersicht 19: Amtshaftung, § 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG (Prüfschema)	225
II. Entschädigung für Eigentumseingriffe	226
1. Anspruch auf Enteignungsentschädigung	226
a) Öffentlich-rechtliches Handeln	227
b) Eigentumseingriff	227
c) Hoheitlicher Rechtsakt mit Enteignungscharakter	227
d) Gemeinwohlinteresse	227
e) Gesetzliche Entschädigungsregelung	227
f) Rechtmäßigkeit des Eigentumseingriffs im übrigen	228
g) Art und Umfang der Entschädigung	228
h) Rechtsweg	228
2. Anspruch aus enteignungsgleichem Eingriff	228
a) Begriff und Rechtsgrundlage	228
b) Öffentlich-rechtliches Handeln	229
c) Eigentumseingriff	229
d) Unmittelbarkeit des Eingriffs und der Eingriffsfolgen	229
e) Rechtswidrigkeit	230
f) Sonderopfer	230
g) Gemeinwohlbezug	230
h) Anspruchsausschluss für legislatives Unrecht	230
i) Rechtsgedanke des § 254 BGB	231
aa) Vorrang des Primärrechtsschutzes	231
bb) Sonstiges Mitverschulden	232
j) Art und Umfang der Entschädigung	232
k) Rechtsweg	232
3. Anspruch aus enteignendem Eingriff	232
a) Begriff und Rechtsgrundlage	232
b) Öffentlich-rechtliches Handeln, Eigentumseingriff, Unmittelbarkeit	233
c) Rechtmäßigkeit des öffentlich-rechtlichen Handelns	233
d) Sonderopfer	233
- Übersicht 20: Entschädigungsansprüche für Eigentumseingriffe (Prüfschema)	233
III. Aufopferungsansprüche	234
IV. Folgenbeseitigungsanspruch	235
1. Begriff	235
2. Rechtsgrundlage	235
3. Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen	236
a) Öffentlich-rechtliches Handeln	236
b) Rechtseingriff	236
c) Unmittelbarkeit der Folgen	236

d) Rechtswidrigkeit der Folgen	236
e) Rechtsgrundlosigkeit der Folgen	237
f) Möglichkeit der Folgenbeseitigung	237
g) Zumutbarkeit der Folgenbeseitigung	238
h) Rechtsgedanke des § 254 BGB	238
i) Prinzipieller Ausschluss von Folgenentschädigung	238
4. Prozessuale Durchsetzung	238
- Übersicht 21: Folgenbeseitigungsanspruch (Prüfschema)	239
V. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	240
1. Begriff	240
2. Rechtsgrundlage	240
3. Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen	240
a) Vermögensverschiebung	240
b) Öffentlich-rechtliche Rechtsbeziehung	241
c) Ohne Rechtsgrund	241
d) Erstattungsumfang	241
e) Kein Ausschluss des öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs	241
4. Prozessuale Durchsetzung	242
- Übersicht 22: Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch (Prüfschema)	242
VI. EU-rechtlicher Staatshaftungsanspruch	243
1. Ausgangssituation	243
2. Begriff und Rechtsgrundlage	244
3. Anspruchsstruktur	244
4. Tatbestandsvoraussetzungen und Anspruchsaufbau	244
- Übersicht 23: EU-rechtlicher Staatshaftungsanspruch (Prüfschema)	244

Teil 3: Europarecht

§ 26 Das institutionelle Fundament der EU-Rechtsordnung	247
I. Die Europäische Union (EU)	247
- Übersicht 24: Die Europäische Union und die Europäische Atomgemeinschaft	248
II. Die Organe und weitere Institutionen der EU	248
1. Die EU-Organe	248
a) Das Europäische Parlament, Art. 13, 14 EUV, Art. 223 ff. AEUV	248
b) Der Europäische Rat, Art. 13, 15 EUV, Art. 235 f. AEUV	249
c) Der Rat, Art. 13, 16 EUV, Art. 237 ff. AEUV	249
d) Die Kommission, Art. 13, 17 EUV, Art. 244 ff. AEUV	250
e) Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), Art. 13, 19 EUV, Art. 251 ff. AEUV	250

f) Die Europäische Zentralbank (EZB), Art. 13 EUV, Art. 282 ff. AEUV	250
g) Der Rechnungshof, Art. 13 EUV, Art. 285 ff. AEUV	250
2. Weitere Institutionen der EU	250
a) Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Art. 18, 27 EUV	250
b) Die Europäische Investitionsbank (EIB), Art. 308 f. AEUV	251
c) Ausschüsse, Art. 13 IV EUV, Art. 300 ff. AEUV	251
- Übersicht 25: Die Organe und weitere Institutionen der EU	251
§ 27 Die Rechtsquellen und Rechtsakte des EU-Rechts	253
I. Primäres EU-Recht	253
1. Die Gründungsverträge	253
2. Die EU-Grundrechte	253
3. Die gewohnheitsrechtlichen Rechtssätze und allgemeinen Rechtsgrundsätze des EU-Rechts	253
4. Rechtswirkung	253
II. Sekundäres EU-Recht	254
1. Verordnungen, Art. 288 II AEUV	254
2. Richtlinien, Art. 288 III AEUV	254
3. Beschlüsse, Art. 288 IV AEUV	255
4. Empfehlungen und Stellungnahmen, Art. 288 V AEUV	255
- Übersicht 26: Sekundäres EU-Recht, Art. 288 AEUV	255
§ 28 Die Europäischen Grundrechte	256
§ 29 Die Grundfreiheiten	257
§ 30 Rechtsschutz durch den EuGH – Rechtsschutz durch die deutschen Gerichte	259
I. Allgemeines	259
II. Die wichtigsten EuGH-Verfahren im Überblick	262
1. Vertragsverletzungsverfahren, Art. 258, 259 AEUV	262
2. Nichtigkeitsklage, Art. 263 AEUV	262
3. Amtshaftungsklage, Art. 268 i.V.m. Art. 340 II AEUV	262
4. Vorabentscheidungsverfahren, Art. 267 AEUV	263
a) Zulässigkeit einer Vorlage	263
aa) Vorlageberechtigte	263
bb) Vorlagegegenstand (Vorlagefrage)	263
cc) Vorlagerecht und Vorlagepflicht	263
aaa) Vorlagerecht	263
bbb) Vorlagepflicht	264
b) Die Entscheidung über die Vorlage durch den EuGH	264
- Übersicht 27: Die wichtigsten EuGH-Verfahrensarten	265
§ 31 Anwendungsvorrang des EU-Rechts.....	266

Teil 4: Übungsfälle

Fall 1: Schwierige Bundeskanzlerwahlen	271
Fall 2: Das Bundesnichtraucherschutzgesetz	275
Fall 3: Zustimmungspflichtiges oder nicht zustimmungspflichtiges Pflichtexemplargesetz?	281
Fall 4: Ärger im Bundestag	287
Fall 5: Landwirt Maxelmoser	295
Fall 6: Kein Erbarmen mit Kampfhunden	303
Fall 7: Kampf den Pfunden	311
Fall 8: Ein trinkfester Amtsinspektor	319
Fall 9: Es lebe der Sport	325
Stichwortverzeichnis	335



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG